

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 6. Juni 1916.

Die elegante Frau . . .

Mitten in der Großstadt ist's. In dem Gewühl all der Menschen, hastenden Menschen rufen die Verkäufer beiderlei Geschlechts ihre Zeitungen aus. Eine Frau in verwaschenem Kleid sucht in ihrem abgegriffenen Geldbeutel einen Pfennig und kauft sich eine Tageszeitung. Vielleicht findet sie eine bessere Arbeit als jene, die sie jetzt zu leisten die Not zwingt. Hilfsarbeiterin in einer großen Fabrik der Eisen- und Stahlindustrie, die sie mit stolzem Namen und dem Adlerflügel im Brustfalten trägt, abgerissene Kleidung, da bleibt ihr ja kaum das Geld zur schalen Suppe. Auf einer Bank in der hohen Anstalt sucht sie lange in der Inseratenplattze, streicht sich die Hände über dem Kopf und schreit: „Ich will hier aussteigen, studiere ich auch die übrigen Seiten des Blattes, schüttelnd liest sie die verschiedenartigsten Angebote in der Platte, jedes Quantum, sofort greifbar“. Ihr einziger Wunsch ist es nicht fassen, warum denn dann die ganze Leute um ein armseliges Viertelgeld und Fett oder Fleisch halbe Tage lang laufen und stehen müssen! Eine Seite bleibt ihr Blick auf einem langen Inserat hängen, mit einer frischen Frauenkopf in Biedermeiertracht.

Die elegante Frau

braucht richtige Gesichtspflege; diese ist für jede Haut notwendig und ist es daher für jede Dame wertvoll, meine erfolgreichen Gesichtsbearbeitungen kennen zu lernen.

Dann wird den „feinen Damen“ mit dem nötigen großen Beutel ein wahrer Schönheitsbrunnen versprochen. „Necessa“ zum Vertreiben der auch ohne Brotkarte der schmerzhaften Mitleider, „Victoria-Jugendrot“ zur Erhaltung einer jugendlichen Farbe im 30. Lebensjahr, „Derma“, um den Haab der Zeit mit raffiniertem Schmuck alle zu übertrumpfen, und „Subito“ zum Verschwinden der lästigen Damenrötchen. Und wenn die „elegante Frau“ infolge allzu üppigen Lebens anfangt, rundlich zu werden, ein Doppelkinn oder starke Hüften bekommt, dann wird Entfettungspräparat „Carmolin“ empfohlen. Der macht solche Frau wieder schön und schlank, wie die Venus von . . .

Was doch diese Leute für Sorgen haben, denkt die arme Frau. Wie lauter Gohn arnst das Mitleid der Lesende. Unwillkürlich betrachtet sie ihre von dem rofigen, scharfen Eisen rissig und schwielig gewordenen Hände, verdammt sich ihr vor dem halbblinden Spiegel gezeichnetes Bild, scharf und lautig in den Jagen, herb von Rot und im Ausdruck. Mit bitterem Ausdruck sagt sie zu einer Freundin, die sich inzwischen neben sie gesetzt: „Na, hart auf hart. Die Männer sind in den Schützengräben und wir müssen der unteren Klassen müssen überall die schwersten Arbeiten der Männer verrichten.“

In der Tat: zwei Welten sind's, die uns da entgegen kommen. Die Frau der „eleganten Welt“ und der Halbwelt. Und heute in dieser Zeit allgemeiner Not und Leuerung. Ruh und Luxus; sie will Quittungen für den zahlungsunfähigen Mann sein, und deshalb will sie schön sein, um aufpassen und zu gefallen. Und derweilen diese Weiber sich Sorgen machen, wie sie jung und schön bleiben, müssen sich tausende Frauen in den Fabriken, auf der Straßenbahn, in den Gassen und auf Feldern ab, für sich und ihre Kinder Brot verdienen. Und andere Tausende laufen strauchelnd, strahlend stehen stundenlang, um ein bißchen Lebensmittel zu erhalten. Ihr Leben ist jetzt erfüllt von der Sorge, wie sie sich ihre Kinder durchbringen können. . .

So denkt die arme Frau, steht von der Bank auf und geht. Zum ersten Male offenbaren sich ihr so recht die Verhältnisse dieses Lebens; aber sie kennt nicht die Zusammenhänge.

Eröffnung des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen.

Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches am Sonntag in Leipzig der Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen zu einer Tagung zusammen. Den Verhandlungen wohnten als Vertreter des neuen Reichsernährungsamtes Minister Direktor von Braun und Dr. August Müller (Hamburg). Nach Begrüßung durch Vertreter der Stadt Leipzig wurde als Tagesordnung der Tagung Robert Schmidt (Berlin) die Leitung der Verhandlungen übertragen. In seiner Eröffnungssprache hervor, daß sich erste Befürchtungen gezeigt haben, die durch einen Mangel an Organisation, durch einen Mangel in der Verteilung und durch Mängel in der Preisprüfung eine gerechte Verteilung erzielt werden. Die Preisbildung der Waren muß beachtet werden, daß der ärmeren Bevölkerung eine Ermäßigung ermöglicht werde, ihren Ernährungsbedarf zu decken. Den Wünschen der Konsumentenkreise darf man nicht achtlos übergehen.

Darauf sprach Geheimrat Medizinalrat Prof. Dr. Mubner über: „Die Ernährungsausschüsse für das dritte Reichsjahr“. Notwendig ist jetzt eine völlige Umstellung der menschlichen Nahrung nötigen Vegetabilien. Ebenso die Nahrung des Viehes von Milch und Milchprodukten. Auch die Nahrung muß eine andere Regelung erhalten. Bis Oktober, November wird aus Kriegsnötwendigkeit mit der geringeren Nahrung zu rechnen sein. Dabei muß ein Teil der Nahrung der städtischen Ernährung zugeführt werden. Der Fleischkonsum dürfte in den Großstädten durchschnittlich 150 Gramm pro Kopf und Tag betragen. Als Ersatz dafür hat man Vorschläge gemacht, von denen in den Tag hinein gesprochen sind. Spinat bedeutet unter Gemüse einen vollen Ersatz für Fleisch, aber um den Spinat zu erhalten, brauchen wir 1500 Gramm Spinat (7 Kilo), bei Spinat wären es 800 Gramm (4 Kilo) wert. 100 Gramm Fleischsalz können wir auch ersetzen durch 128 Gramm Salz oder 82 Gramm Kase, oder 4 1/2 Eier, oder 585 Gramm Milch, bei Obst aber müßten wir schon 1100 Gramm Obst essen. Der Fleischersatz könnte am leichtesten getragen werden. Hier handelt es sich vielfach um Getreidearten. Man würde auch aus entsprechenden Vegetabilien Ersatz bilden können. Die wichtigste bleibt die Regulierung des Brotes. Von 424 Gramm 42,4 Prozent unseres ganzen Nahrungsbedarfes besteht aus Brot. Die Eier machen nur 0,8 Prozent aus, 2,5 Prozent aus Butter. Die Eier machen nur 0,8 Prozent Nahrung aus, die Kartoffeln 12,2 Prozent, Zucker 7,9 Pro-

zent, Gemüse und Obst 3,7 Prozent. Mubner hält eine schematische Behandlung der Brotkarte für falsch. Im Süden, wo man gewohnt ist, mehr Brot und Mehl zu verzehren, hat die Einschränkung weit mehr Eindruck gemacht, umgekehrt ist der Norden durch den Getreidemangel mehr getroffen. In den Städten ist der Fleischbedarf größer als auf dem Lande. Es liegen sich mancherlei Verbesserungen einführen, wenn man die verschiedenartigen Bedürfnisse mehr berücksichtigt. Viele würden an Stelle von Fleisch lieber mehr Milch verzehren, andere vielleicht weniger Brot und mehr Fett wünschen. Deshalb ist es bedenklich, alles zu rationieren.

Zu den schmerzhaftesten Uebelverhältnissen gehört, was dem Publikum an Gemüse-Konserven geboten wird. Kein Mensch weiß, was in der Küche drin ist. Im zweiten Kriegsjahr sind wir mit der Preissteigerung auf die Höhe gekommen. Während die Getreidepreise gering war, ist die der Butter um so größer. Viele Milliarden hat uns die wunderliche Ausbeutung auferlegt. Der Abbau der Preise wäre eine der wichtigsten Aufgaben. Sehr scharf wendet sich Mubner gegen den Vorschlag, alles mit Gulden-Kanonen zu machen. Man darf nicht alles einheitlich machen, im Essen und in den Lebensgewohnheiten soll man das Auswärtige nicht bewegen, sondern nur eingreifen wo es nötig ist.

Der Hauptgeschäftsführer Wilhelm (Berlin) erstattete alsdann den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Kriegsaussschusses und erläuterte die Wirtschaftsausschüsse für das dritte Kriegsjahr, die der Ausschuh der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt (Berlin) behandelte die Frage der Konsumenten-Interessen und Preisprüfungsstellen. Auf dem Fleischmarkt hatten wir die bedauerliche Erscheinung, daß große Mengen verdorben, weil sie in die Hände von Spekulantengängen, die sie nicht freigegeben wollten, aber weil sich Leute damit befähigten, die keine Kenntnis von sachgemäßer Behandlung hatten. Herr von Batocki hat erklärt, daß man von der Höchstpreisfestsetzung jetzt nicht mehr abgehen könne. Man muß nun aber sehen, die Mängel in der Preisfestsetzung zu erfassen. Dazu gehört in erster Reihe eine ständige Kontrolle durch die Preisprüfungsstellen. Die Meinungen über die städtischen Preisprüfungsstellen sind sehr geteilt, man begegnet ständigen Klagen über den Widerstand aus Händler- und Produzentenstellen und über die Ausführligkeit der Beschlüsse. Die Vertretung der eigentlichen Verbraucher in den Preisprüfungsstellen ist zu kurz gekommen. Bei der Festsetzung der Preise müßte genügend statistisches Material vorher vorbereitet werden. Von den städtischen Verwaltungen muß man verlangen, daß sie auch stets einen Vergleich mit den Friedenspreisen bringen. Da begegnet man aber einer merkwürdigen Scheu. Gewiß ist ein Preisauflage bei den gesteigerten Produktionskosten berechtigt, aber Aufschläge von 200 Prozent und mehr gehen über das erträgliche Maß. Da sind nicht die Produktionskosten ausschlaggebend, sondern die Marktlage. Im Haushaltsausschuß wurde mitgeteilt, daß die Kommissionäre im Westpreussischen Viehhändlerverband ein Einkommen von 7000 bis 8000 Mark wöchentlich haben. (Hört! Hört!) Für den gesamten Handel mit Lebensmitteln muß ein Schlupfwinkel verlangt werden. Ohne Höchstpreise für Gemüse kommen wir trotz guter Ernte aus diesem Jahre nicht aus, da die städtischen und privaten Vorräte auf eine günstige Preissteigerung führen werden. Wenn die Preisprüfungsstellen immer die Gründe für ihre Festsetzung veröffentlichen und die Bevölkerung überhaup über die Lage mehr aufklären, wird viel unbedachtigtes Mißtrauen schwinden.

Gegen den Kettenhandel muß mit allen Mitteln eingeschritten werden. Vor allem muß man sich dagegen wenden, daß jemand das Recht hat, die Marktlage anzunehmen. D. h. Vorteile aus der Lage des Volkes ziehen. Es ist unerträglich, daß jetzt Leute rücksichtslos allein ihren materiellen Vorteilen nachgehen wollen, wo das ganze Volk so hohe sittliche Werte einsetzt. (Stürmischer Beifall.)

Nach längerer Besprechung fand eine Entschliessung Annahme, in welcher gefordert wird, daß die öffentlichen Maßnahmen zur gerechten und vernünftigen Verteilung der Nahrungsmittel zwischen Nord und Süd, Stadt und Land, Arm und Reich, mit der Kriegsverhältnisse entsprechenden Entschlossenheit durchgeführt und die Lebensbedarfspreise von der neuen Ernte an mit der Kaufkraft der Waren in Einklang gebracht werden. Mit Herrn von Batocki ist der Ausschuh der Überzeugung, daß die Vorräte bei willensstarker, planmäßiger Bewirtschaftung durchaus zu reichen, um die Ausnahmsverhältnisse der Zeit zu überbrücken zu machen.

Die Stadtverordneten sind auf Freitag dieser Woche, nachmittags 4 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zu einer Sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Vordisponierung des Kreisarztes Dr. Wilf. betr. Errichtung eines Landhauses am Panoramaweg. Ver. N. 2. Wahl eines Stellvertreters der Einkommensteuer-Voranschlagskommission. Ver. Wahl-N. 3. Neuwahl eines Armenpflegers für das 1. Quartier im 2. Armenbezirk, sowie eines Armenpflegers und eines Bezirksvorsteher-Stellvertreters für das 10. Quartier im 11. Armenbezirk. 4. Mitteilung des Magistrats über die einzuführende Fleischverordnungsregelung. 5. Beratung und Feststellung der Haushaltspläne der Hauptverwaltung und der Zweigverwaltungen für das Rechnungsjahr 1916. Ver. Fin.-A.

Zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Kurhanspächter Ruche steht bekanntlich vor dem hiesigen Landgericht ein Zivilprozeß, bei welchem es sich um eine Feststellung dahin handelt, daß der zwischen den Parteien bestehende Vertrag nicht mit dem 1. Oktober d. J. sein Ende erreiche, sondern auch über diese Zeit hinaus noch fortdauere. Diese Auffassung vertritt die Stadt als Klägerin und sie ist nach einem von der 3. Zivilkammer dieser Tage gefällten Urteil auch mit ihrer Ansicht durchgedrungen. Der Beklagte ist unterlegen.

Arbeitsamt. Bei der Vermittlungsstelle standen im Monat Mai d. J. in der Abteilung für Frauen 898 Arbeitsgesuche 636 Angebote von Stellen gegenüber, von denen 593 besetzt wurden. Bei der gemeinnützigen Betriebswerkstätte für Seereslieferungen meldete sich 1 neue Arbeitsuchende; 5 konnten im Laufe des Monats eingestellt werden. Der Abteilung für das Gastwirtschaftswesen waren 1110 Arbeitsgesuche, darunter 530 von weiblichen, zugegangen, denen 955 offene Stellen, darunter 408 für weibliche, gegenüberstanden; von denselben wurden 863, darunter 371 für weibliche, besetzt. In der Abteilung für Männer lagen 264 Arbeitsgesuche vor, 525 Stellen waren angemeldet und 509 wurden besetzt; davon 265 durch Aufnahme von Kriegsgefangenen. Bei der Nachabteilung für das Maler-, Lackier- und Weißbindergewerbe gingen 16 Arbeitsgesuche ein. Offene Stellen wurden 4 gemeldet und 4 wurden besetzt. Bei dem Stellennachweis für kaufmännische Angehörige meldeten sich 39 männliche und 52 weibliche Stellen-suchende; offene Stellen wurden 28 für männliche und 39 für weibliche Personal gemeldet. Besetzt wurden 20 durch männliche und 31 durch weibliche Stellensuchende. Bei der Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte meldeten sich im Laufe

des Monats 67 Kriegsbeschädigte, 51 offene Stellen wurden gemeldet und 51 Stellen wurden besetzt. Insgesamt waren im Monat Mai 2712 (im Vorjahre 2049) Arbeitsgesuche und 2243 (2605) Angebote angemeldet; besetzt wurden 2076 (2363) Stellen. In der Statistik für Stellenlose der Schreibgewandten Verufe wurden 67 Aufträge erledigt und 3 Stellenlose wurden durchschnittlich besetzt. In der Berufsberatungsstelle für Frauen sprachen 34 Ratsuchende vor.

Reisens-Theater. Der Wittmoos bringt einen der interessantesten Musikabende dieses Jahres. Zwei hervorragende Künstler, Kammerfänger Robert Guit von Frankfurt a. M. und Berliner Hofoper und Hofkapellmeister Dr. Alexander Dillmann, München, die auch in Wiesbaden rühmlichst bekannt und sehr geschätzt werden, bringen klingende Bilder aus Richard Wagners Werken. Sämtliche Vorträge Dillmanns sowie die Durchführung des orchestralen Teiles bei den Gefängen sind eigene freie Uebersetzungen der Orchester-Virtuosen, gewissermaßen nach dem Vorbild der Wagnerschen Orchester-Gemälde auf dem Flügel in Schwarz-Weiß nachgeschaffene Radiierungen. Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr.

Einschränkung der Ausfuhrverbote. Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung eine Verordnung über Ausfuhrverbote erlassen. Danach haben die Landeszentralbehörden vor dem Erlass von Anordnungen, die für ihr Bundesgebiet oder einen Teil desselben ein Ausfuhrverbot oder Ausfuhrbeschränkungen von Waren für den notwendigen Lebensbedarf enthalten, oder in ihrer Wirkung einem solchen Ausfuhrverbot oder einer solchen Ausfuhrbeschränkung gleichkommen können, dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, im Interesse der Gesamtwirtschaft des Reichsgebietes Einspruch zu erheben. Der beim Erlass dieser Verordnung bereits bestehenden Anordnungen dieser Art sind dem Reichskanzler nachträglich vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Bevor der Reichskanzler ein solches Verlangen stellt, wird er sich mit der beteiligten Landesregierung ins Einvernehmen setzen und dafür Sorge tragen, daß durch eine entsprechende Versorgungsregelung und Preisfestsetzung für die beteiligten Wirtschaftskreise eine unbillige Schädigung des Ausfuhrgebietes vermieden wird.

Gefahr nach Belgien. Viehschlachten (gewöhnliche freigelegte offene Viehe, Postkutschen und Warenwagen) an die Bevölkerung im Grenzgebiet in Belgien und im Kommandanturbereich Brügge sind künftig nicht mehr nach Brüssel postlagernd, sondern postlagernd Gent (Südbrügge) zu richten.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-M.-V. Freundschaft. Dienstag Probe für Männer und Frauenchor.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbaden, 5. Juni. (Verordnung über die Sicherstellung von Lebens- und Gebrauchsmitteln für die Einwohnerschaft.) Der Magistrat gibt bekannt: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung wird nach Anhörung der Preisprüfungsstelle mit Zustimmung der zuständigen Behörde folgendes angeordnet: 1. Bis auf weiteres dürfen Lebensmittel, soweit ihr Verkauf nicht schon durch besondere Versorgungsregelung an die Abgabe besonderer Karten gebunden ist oder wird, nur noch gegen Vorlage der hiesigen Lebensmittelscheine abgegeben werden. 2. Die Ausfuhr und der Versand folgender Waren an Abnehmer außerhalb der Stadtgrenzen Wiesbads ist untersagt: alle Arten Fleisch, frisch, geräuchert, gesalzen und in Konserven; alle Arten Wurstwaren, frisch, geräuchert, gesalzen und in Konserven; alle Arten Fette, Öle und Butter, Reis, Dörrfleisch, Grieß, Graupen, Jäger, alle Arten Seifen und Seifenpulver nach Maßgabe der Bundesratsverordnung vom 18. April 1916; Kaffee und Eier; alle Arten Badwaren. Ausnahmen in besonderen Fällen kann der Magistrat auf Antrag gestatten. 3. Das Herstellen der hiesigen Lebensmittelscheine an Auswärtige zum Zwecke der Entnahme von Waren am hiesigen Orte ist streng verboten. 4. Wer den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, und zwar der Abgeber wie der Empfänger, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark unbeschädlich bestraft. 5. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Aus den umliegenden Kreisen.

Neue Sommerzeit und Schule.

In der zweiten Kammer des hiesigen Landtags hat der Abgeordnete Krell-Engelheim folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, das Großherzogliche Ministerium wird ersucht, anzuordnen, daß der Unterricht in allen Schulen von Pfingsten an um 8 Uhr beginnt. In der Begründung wird z. T. mit Recht ausgeführt: Der Beginn der Schule um 7 Uhr nach der neuen Sommerzeit ist meiner Erfahrung als Lehrer und Vater zu früh. Viele Eltern stimmen hiermit überein. In den Zeitungen haben angesehene Professoren der Kinderheilshaus sich gegen den zu frühen Schulbeginn ausgesprochen. Nach der Erfahrung von Lehrern kommen viele Kinder zu spät in die Schule und sind im Unterricht müde.

Nach der bisher allgemein geteilten Meinung über die für die Kinder notwendige Ruhezeit können diese Erfahrungen mit der neuen Sommerzeit nicht übereinstimmen. Die Forderung, man solle die Kinder früher zu Bett bringen, wird von den Eltern, auf deren Urteil ich mich beziehe, erfüllt, aber es schläft kein Kind im Sommer um 8 oder 9 Uhr, nach dem Sonnenstand um 7 oder 8 Uhr ein, so wenig wie ein Kind von 7 Jahren um 6 Uhr, nach dem Sonnenstand um 5 Uhr eingeschlafen hat. Höhere Schulen beginnen z. T. jetzt noch um 8 Uhr. Fängt der Unterricht nach Pfingsten um 7 Uhr an, so müssen auswärtige Schüler, die mir bekannt sind, um 5 Uhr, nach dem Sonnenstand um 4 Uhr aufstehen. Wegen des Hausstilles wird es nicht gut möglich sein, einen Unterschied zwischen den Kindern unter und über 10 Jahren zu machen.

Die Einführung der Sommerzeit hat für die gesamte Volkswirtschaft und für das städtische Leben viele großen Vorteile, für das Land und seine Arbeit ist sie ein zweifelloser Fortschritt, für die Schule in Stadt und Land erscheint sie schädlich und ich halte eine allgemeine Veränderung im Interesse der Gesundheit der Kinder für notwendig.

Körschke a. L., 4. Juni. (Die öffentliche Stadtabrechnung am 31. Mai) nahm Kenntnis von der Stadtkassenprüfung und beschloß, in Zukunft die ordentlichen Monatsprüfungen nicht mehr wie bisher an bestimmten Tagen und Stunden vorzunehmen. Der Magistratsantrag auf Stipendienhilfe mit 1130 Mark wurde angenommen. Die angesehene Wahl eines Magistratschöffen wurde verlegt. Dem vierten Punkt, Entwurf

